



Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Tag der Steuer-Gerechtigkeit

Milliarden Euro – vom Winde verweht

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Baden-Württemberg hat heute mit einer eindrucksvollen Aktion in Stuttgart vor dem Landtag auf gravierende Defizite und Missstände in der Steuerpolitik, vor allem aber im Steuervollzug, hingewiesen. Sinnbildlich für Millionen von nicht realisierten Steuereinnahmen verwehten hunderte Luftballons über dem Finanz- und Wirtschaftsministerium.

„Steuergerechtigkeit ist ein sehr hohes Gut! Der Steuerehrliche darf nicht der Steuerdumme sein!“, so der DSTG Landesvorsitzende Markus Scholl.

„Die Steuerverwaltung ist die beste und die wichtigste Verwaltung, da sie DIE Einnahmeverwaltung ist und die gesamte öffentliche Verwaltung von ihrer Arbeit abhängt. Wir leiden aber seit Jahren unter chronischem Personalmangel und komplizierten Steuergesetzen. Wir spielen jahraus, jahrein in Unterzahl und das dennoch recht erfolgreich. Lange können wir dies aber nicht mehr durchhalten, weil in den nächsten Jahren sehr viel erfahrenes Personal in Pension gehen wird. Die Anzahl der derzeitigen Auszubildenden und Studenten kann diese Abgänge nicht kompensieren. Die Gerechtigkeitslücke wird weiter wachsen, wenn nicht politisch massiv dagegen gesteuert wird“, befürchtet Scholl.

„Wir brauchen Steuergerechtigkeit für mehr bezahlbaren Wohnraum, mehr soziale Sicherheit, den Ausbau des Nahverkehrs und intakte Straßen, die Sanierung von Schulen und Kindergärten und bessere Bildungschancen für alle. Vor allem aber für den Abbau von zwei Billionen Euro Schulden, die unsere Kinder und Enkel belasten“, betont Scholl.

Innendienst und Außendienst der Finanzämter sind bereits heute stark unterbesetzt. Die Folge sind Steuerausfälle durch Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe (über Jahre fortgeschriebene Schätzungen von Universitäten und Rechnungshöfen; bundesweit mindestens 30 Milliarden Euro Einkommensteuer und 20 Milliarden Euro Umsatzsteuer pro Jahr. Davon entfallen ca. 16% auf Baden-Württemberg. Dies entspricht 8 Milliarden Euro pro Jahr oder aber mehr als 650 Millionen Euro jeden Monat).

Die DSTG fordert deshalb mit einem realistischen, mittelfristigen Stufenplan in den nächsten fünf Jahren 1.500 zusätzliche Stellen für die Steuerverwaltung.

„Wer auf Steuergerechtigkeit verzichtet, verzichtet auf dringend benötigte Einnahmen und gefährdet den sozialen Frieden. Denn: Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte sind Steuergerechtigkeit!“, ist Scholl überzeugt.